



# Sicherheitspolitische Miscellen

WALTER MATYAS

**ISRAELS  
SICHERHEITSAGENDA  
IM EUROPÄISCHEN FOKUS**

**Nr. 4**

März 2017

# ISRAELS SICHERHEITSAGENDA IM EUROPÄISCHEN FOKUS\*

Walter Matyas

---

Europa hat ein vitales Interesse an einem prosperierenden Israel und einem stabilen und friedlichen Nahen Osten. Israel wäre als einzige funktionierende Demokratie in der Region und als europäisch geprägte Gesellschaft der passende Partner der Europäischen Union und ihrer Mitglieder. Einer vertieften Kooperation in Fragen der Sicherheit stehen aber massive antiisraelische Vorbehalte in Teilen der europäischen Bevölkerungen entgegen. Dabei könnten wir in einer Zeit neuer Terrorbedrohungen in Europa viel von Israels Sicherheitsvorsorge und im Speziellen von seiner Terror- und Cyberabwehr lernen.

Der vorliegende Beitrag versucht, ohne Parteinahme und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Israels Sicherheitsagenda im Kontext seiner Sicherheitsnarrative nachzuzeichnen. Es geht nicht darum, die Maßnahmen und Kalküle der aktuellen israelischen Regierung pauschal zu legitimieren, sondern darum, die Ängste und das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in Israel und deren Reflexe in der israelischen Sicherheitspolitik zu verstehen.

## Realistische Sicherheitsagenda

Die internationalen Bemühungen um einen Nahostfriedensprozess sind bei der „Konferenz für den Frieden im Nahen Osten“ am 15. Jänner 2017 in Paris ohne die Beteiligung der Konfliktparteien weiter an die Wand gegangen. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte das Treffen bei der wöchentlichen Kabinettsitzung in Jerusalem als „nutzlos“ bezeichnet. Frankreich und die Palästinenser hätten sich vorher abgestimmt, um Israel Bedingungen aufzuzwingen, die nicht seinen nationalen Bedürfnissen und Sicherheitsinteressen entsprechen. Was ist Israel

so wichtig, dass es dafür eine dauerhafte Beschädigung seines internationalen Ansehens hinzunehmen bereit ist?

Die große Herausforderung der israelischen Sicherheitsagenda ist – realiter oder zumindest im israelischen Sicherheitsnarrativ – das fundamentalaggressive Umfeld des israelischen Kernstaats bzw. der israelischen Kerngesellschaft. Ein Staat, dem seine Nachbarschaft offen oder unausgesprochen das Existenzrecht abspricht, hat keine brauchbaren Handlungsoptionen einer friedlichen Nachbarschaftspolitik. Egal, was die Staatsführung unternimmt, es wird immer zu antiisraelischen Reaktionen führen.

Mit einer solchen Bedrohungswahrnehmung – verbunden mit der fortlebenden kollektiven psychischen Präsenz der nationalsozialistischen Judenvernichtung – konnte Israel zu keiner Zeit eine andere Form der Sicherheitsvorsorge entwickeln als jene durch militärische Stärke bzw. Überlegenheit und die Sicherung eines „Kalten Friedens“ mit seiner Nachbarschaft und in der Region.

---

\* Der Beitrag wurde erstmals abgedruckt in: *Wiener Blätter zur Friedensforschung*, Nr. 170, März 2014, S. 45–54. Der Text wurde am 16. Februar 2017 redaktionell abgeschlossen.

Infolge des sogenannten „Arabischen Frühlings“ hat sich die Sicherheitslage Israels nochmals maßgeblich verschlechtert.<sup>1</sup> Weil die über lange Zeit mühsam aufgebauten Macht- und Akzeptanzarrangements mit den abgelösten autoritären Staatsführungen weggebrochen sind, muss und wird Israel seine Sicherheit noch stärker auf militärische Überlegenheit ausrichten.

Diese Rolle würde von einem nuklear bewaffneten Staat in der Region wie dem Iran entscheidend in Frage gestellt werden. Da niemand in Europa Interesse an einem nuklearen Wettrüsten im Nahen und Mittleren Osten haben kann, wäre eine europäische Unterstützung der nuklearen Alleinstellung Israels zur Sicherung des Friedens in der Region geboten.

Israel hat mit dem Iran aber noch ein anderes Problem: Unter dem Schutz des internationalen Nuklearabkommens ist der Iran auch bemüht, seinen Einfluss in der Region durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten diverser arabischer Staaten zu vergrößern. Das betrifft auch die Palästinensergebiete und im Besonderen die Beziehungen zur Hamas. Wegen der Weigerung der Hamas, das Regime von Bashar al Assad in Syrien zu unterstützen, hatte der Iran seine finanzielle und militärische Unterstützung der islamistischen Terrororganisation im Gazastreifen eingestellt. Neuerdings gibt es jedoch Anzeichen einer Wiederannäherung einschließlich einer iranischen Unterstützung der Terrorfinanzierung der Hamas.

Auch der Krieg in Syrien dürfte für Israel eine Loose-Loose-Situation bedeuten. Egal wie der Krieg endet, Syrien bleibt für Israel ein Sicherheitsrisiko. Das Regime von Baschar al-Assad galt lange Zeit als Garant für Ruhe im Nachbarland, nun wird es mit seinen Verbündeten Iran und Hisbollah sowie seiner russischen Unterstützung seitens Israel als Risikofaktor wahrgenommen. Umgekehrt kann es sich Israel im Hinblick auf seine internationale

Reputation und auf mögliche zukünftige Terrorrisiken nicht leisten, den Islamischen Staat konsequent zu unterstützen.

Insgesamt bleibt die schiitische libanesische Terrormiliz „Hisbollah“, die in der letzten Zeit stark aufrüsten konnte, die größte aktuelle militärische Bedrohung.

### Geringe Solidarität

Das geringe Verständnis für die israelischen Sicherheitsinteressen und die mangelnde Solidarität mit den Menschen im einzigen demokratischen Land der Region in den Staaten Europas haben vielfältige Ursachen. Neben postkolonialen Schuldreflexen verstellt vor allem ein in der Israelkritik latent fortlebender Antisemitismus den Blick auf die komplizierten Verhältnisse in Palästina und die eingeschränkten Handlungsoptionen der israelischen Politik.

Bleiben eigentlich nur die USA. Und so war es ein schwerer Schlag für die israelische Außen- und Sicherheitspolitik, dass die USA zum ersten Mal in den letzten 36 Jahren kein Veto zugunsten Israels einlegten, als der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 2334 vom Dezember 2016 festschrieb, dass die israelischen Siedlungen im Westjordanland der Zweistaatenlösung entgegenstünden und Israel die Siedlungsaktivitäten beenden muss.

Der neue US-Präsident Donald Trump hat über die gesamte Wahlkampfstrecke hinweg seine Unterstützung der Sicherheitspolitik und der Siedlungspolitik der aktuellen israelischen Regierung sowie das Vorhaben einer neuerlichen Ächtung des Iran mit seinen nuklearen Ambitionen signalisiert. Zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Beitrags, kurz nach dem Treffen mit Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu am 15. Februar 2017 in Washington, lässt sich trotz deutlicher Solidaritätsbekundung Trumps immer noch wenig darüber sagen, wie die Solidaritätsklammer zwischen den USA und Israel weiter ausgestaltet werden wird.

<sup>1</sup> Georg Plattner: Warschau 1989 oder Teheran 1979? Die Konsequenzen des „Arabischen Frühlings“ für die Sicherheit Israels. In: Wiener Blätter zur Friedensforschung, Nr. 161, Dezember 2014, S. 27–46.

### Israel als Terrorziel

In der Wahrnehmung mancher Europäer hat der Terror gegen Ziele in Israel ein geringeres Gewicht als jener gegen Ziele in Europa. So kann man durchaus hören, dass „die Israelis ja ein wenig selbst daran Schuld sind“. „Wer Apartheid säht, wird Terror ernten.“

Doch Leid ist nicht teilbar, auch nicht das von Terroropfern. Das Muster des Attentats vom 8. Januar 2017, bei dem ein arabischstämmiger Lastwagenfahrer im Jerusalemer Stadtteil Armon Hanaziv in eine Gruppe von Soldaten gerast und dann nach einer Wende nochmals rückwärts über die niedergestoßenen Menschen gerollt ist, dabei drei junge Frauen und einen Mann getötet und zahlreiche Personen zum Teil schwer verletzt hat, kennen wir aus Frankreich und Deutschland. Was wir nicht kennen, sind Reaktionen wie die der radikal-islamischen Terrororganisation „ Hamas“, die über die Huldigung des Täters als „Märtyrer“ hinaus zur Feier des Tages Süßigkeiten an die palästinensische Bevölkerung verteilen ließ.

Um nicht politisch zu erodieren, muss sich Israel mit allen zur Verfügung stehenden verhältnismäßigen Mitteln gegen die Terrorbedrohung wehren. Wie jede andere Antiterrorismusstrategie ist die Israels ein multiples politisches und administratives Arrangement zur Beeinflussung des Kosten-Nutzen-Kalküls sowohl der terroristischen Organisationen als auch der radikalierungsgefährdeten Individuen.

Dazu gehören Maßnahmen, die aus europäischer Sicht nicht immer leicht verständlich sind, wie etwa die Einschränkung der Bewegungsfreiheit bestimmter Bevölkerungsgruppen oder die Zerstörung von Häusern der Hinterbliebenen von Selbstmordattentätern, als Signal an die Attentäter von morgen, dass sie ihr persönliches Ziel des Ehrgewinns für sich und ihre Familien nicht oder nur zu einem sehr hohen Preis erreichen können.

Europäisch gedacht würde man versuchen, radikale Milieus zu verstehen und potenziellen Attentätern realistische und subjektiv plausible Alternativen anzubieten. In Israel aber

haben die Messerattentate meist jugendlicher arabischstämmiger Einzeltäter in den letzten Jahren eine Situation geschaffen, in der solches nicht mehr möglich ist. Plötzlich sind nicht mehr nur Organisationen die Akteure des Terrors, sondern die Angst der Bevölkerung und die Sicherheitskräfte fokussieren einfach alle jungen arabisch aussehenden Personen.

### Rechtsruck

Das ist der Boden, auf dem Rechtspopulismus, Rassismus und gesellschaftliche Spaltung wachsen. Tatsächlich bestimmt ein Rechtsschwenk die gegenwärtige israelische Politik. Das betrifft alle politischen Kräfte, auch die Arbeiterpartei „Awoda“ unter Jitzchak Herzog. Die aktuelle Regierung ist bei aller in Europa wahrgenommener Rechtslastigkeit in der israelischen Perspektive politisch breit aufgestellt. Während Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vom konservativen Parteienbündnis „Likud“ eher die politische Mitte Israels repräsentiert, finden sich in seinem Kabinett neben Mitte-Rechts-Politikern wie Verteidigungsminister Avigdor Lieberman auch ausgewiesene rassistische Rechtsnationalisten wie der Erziehungs- und Diasporaminister und Vorsitzende der Siedlerpartei „Jüdisches Heim“, Naftali Bennett.

Nicht nur rücken zivilgesellschaftliche Ansätze zur Förderung eines friedlichen Miteinanders und Optionen für kreative Konfliktlösungen angesichts des Trends in Richtung Rechtspopulismus, Rassismus und gesellschaftliche Spaltung in weiteste Ferne. Auch die so dringend benötigte internationale Rückversicherung, die Israel einen Verhandlungsspielraum bei Aufrechterhaltung voller Sicherheit schafft, leidet darunter.

### Kritik der Siedlungspolitik

In der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland und auf den Golanhöhen findet die internationale Kritik an Israel und seiner Politik eine gut argumentierbare Angriffsfläche. Der Siedlungsbau außerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949 zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn folgte mehreren einander überlagernden Zielsetzungen: Am

Anfang standen Sicherheitsüberlegungen, dazu gesellten sich expansive und nicht zuletzt pragmatische Motive.

Im August 2005 wurden nach einem Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten Ariel Sharon alle 21 Siedlungen im Gazastreifen und vier Siedlungen im nördlichen Westjordanland geräumt. Auf der anderen Seite hat Israel mit seiner Siedlungspolitik einseitig Fakten geschaffen. Bei aller Kritik daran darf man nicht übersehen, dass die heute vorfindliche fleckenartige Verteilung der Bevölkerungsgruppen im Großraum Palästina einfache Grenzlösungen nicht mehr zulässt. Was macht man etwa mit Kindern von Siedlern, die dort, wo sie aufgewachsen sind und/oder Arbeit haben, auch eine leistbare Wohnung beziehen wollen?

Unter internationalem Druck leiden Betriebe und andere Einrichtungen in den jüdischen Siedlungen im Westjordanland und auf den Golanhöhen. Zuletzt diskutiert wurde die Regelung der Herkunftsbezeichnungspflicht für Lebensmittel und Kosmetika aus den israelischen Siedlungen im Westjordanland und auf den Golanhöhen in der EU. Im Februar 2010 hatte der Gerichtshof der Europäischen Union entschieden, dass Erzeugnisse mit Ursprung im Westjordanland nicht unter die Zollpräferenzregelung des Abkommens der Union mit Israel fallen. Gemäß einer Auslegung der EU-Kommission vom November 2015 sollen die in den Siedlungen hergestellten Waren nun wenig verkaufsfördernd als „Produkt aus dem Westjordanland (Israelische Siedlung)“ oder „Produkt von den Golanhöhen (Israelische Siedlung)“ bezeichnet werden. Selbst Wissenschaftskooperationen sind von der internationalen Ächtung der israelischen Siedlungspolitik betroffen.

Anfang Februar 2017 hat das israelische Parlament ein Gesetz verabschiedet, mit dem rund 4000 Wohnungen, die von israelischen Siedlern im Westjordanland illegal auf Privatgrund errichtet worden sind, legalisiert werden sollen. Damit will man nicht nur die Frage der illegalen Ansiedlungen final regeln, es geht auch um die Möglichkeit, die Grundbesitzer zu entschädigen, was bisher nicht möglich war,

weil die palästinensische Führung den Landverkauf an israelische Staatsbürger drakonisch sanktioniert. Wie weit dies umgesetzt werden kann und wie sich die USA unter der Präsidentschaft Trump zur israelischen Siedlungspolitik längerfristig positionieren werden, ist zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Beitrags nicht absehbar.

Klar ist hingegen, dass Israel zuvorderst eine für alle Beteiligten langfristig kalkulierbare Siedlungspolitik braucht, denn nur eine solche ist auf Dauer auch verhandel- und gestaltbar. Das ist entscheidender, als wo wie viele Siedlungen gebaut oder rückgebaut werden.

### Alternativen zur Zweistaatenlösung

Die mantraartige Beschwörung einer Zweistaatenlösung als einzige Option für Frieden und Gerechtigkeit auf dem Gebiet des cisjordanischen Palästina steht heute wohl weniger für eine Ideologie oder eine politische Vision als vielmehr für das Fehlen jeder Flexibilität und kreativen Lösungskompetenz bei den Konfliktparteien und in der internationalen Nahostdiplomatie.<sup>2</sup> Israel selbst hätte das größte Interesse an einer Zweistaatenlösung, wenn diese die vitalen Lebens- und Sicherheitsbedürfnisse Israels berücksichtigt, das Existenzrecht Israels und einer jüdischen Bevölkerung und Gesellschaft in Palästina darin verankert wird und ein geplanter palästinensischer Staat eine entmilitarisierte Zone bleibt. Unter solchen Voraussetzungen wären Zugeständnisse Israels bei der umstrittenen Siedlungspolitik im Westjordanland durchaus möglich.

Das Festhalten an der Zweistaatenlösung bei gleichzeitigem Fehlen jeder realistischen Möglichkeit ihrer Umsetzung zementiert, gewollt oder ungewollt, die Realität der Einstaatlichkeit unter israelischer Dominanz. Unter den Bedingungen eines fundamentalaggressiven Umfelds, das Israel offen oder unausgesprochen das Existenzrecht abspricht, sind weder eine Zweistaatenlösung noch andere Alternativen zum Status quo realisierbar.

---

<sup>2</sup> Siehe dazu generell Muriel Asseburg, Jan Busse: Das Ende der Zweistaatenregelung? Alternativen und Prioritäten für die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts. SWP-Aktuell 27; April 2016.

Auf der Suche nach solchen Alternativen wurde vorgeschlagen, zivilgesellschaftliche Überlegungen über ordnungspolitische zu stellen. So möchte das Projekt „Rethinking the Politics of Israel/Palestine“ des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog in Wien die Grundhindernisse der steckengebliebenen Friedensgespräche dadurch umgehen, dass man die macht- und interessengeleiteten Diskurse durch menschenrechts- und wer-tegeleitete ersetzt<sup>3</sup> Statt über politische und territoriale Lösungen nachzudenken, werden grundlegende Regulative erarbeitet, die für die Nachhaltigkeit ordnungspolitischer Lösungen unerlässlich sind, etwa persönliche Freiheits- und Schutzrechte für alle Bewohner des Gebietes zwischen Mittelmeer und Jordan, kollektive sprachliche, kulturelle, religiöse und politische Rechte für Juden und Palästinenser, Beseitigung aller jüdischen Privilegien oder ein uneingeschränktes Rückkehrrecht für Palästinenser. Es ist sicher nicht falsch zu formulieren, unter welchen Bedingungen ein friedliches und respektvolles Zusammenleben zwischen den Bevölkerungen möglich ist. Es ist nur die Frage, ob man mit einem solchen Ansatz den Grundkonflikt, die Fundamentalkritik an der Existenz einer jüdischen Bevölkerung und Gesellschaft in Palästina und die daraus berechtigten israelischen Sicherheitsbedenken aushebeln können wird.

Föderalistische Alternativen zur Zweistaatenlösung beruhen auf der Annahme, dass solche Konflikte nicht durch die Gründung neuer künstlicher Staaten gelöst werden können. In diesem Sinne argumentiert etwa der deutsche Historiker Michael Wolffsohn für einen bundesrepublikanischen Zusammenschluss zunächst des Westjordanlandes und des Gazastreifens und dann mit Jordanien anstelle eines „Palästina“ im Sinne der international bevorzugten Zweistaatenlösung, weil ein solcher Bundesstaat einen funktional integrierten Staatenbund mit Israel benötigt, um überleben zu können.<sup>4</sup>

3 Bashir Bashir, Azar Dakwa (Hg.): Rethinking the Politics of Israel/Palestine: Partition and its Alternatives. Wien, Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog 2014.

4 Michael Wolffsohn: Der Nahe Osten. In: Johann Frank, Walter Matyas (Hg.): Strategie und Sicherheit 2013. Chancen und Grenzen europäischer militärischer Integration. Wien/Köln/Weimar, Böhlau 2013, S. 227–238.

Allerdings würde auch eine solche Lösung die Anerkennung des Existenzrechtes Israels und einer jüdischen Bevölkerung und Gesellschaft in Palästina voraussetzen.

Einstaaatenlösungen mit israelischer Dominanz haben wegen ihres Apartheidcharakters wenig Chancen auf internationale und gar keine auf europäische Unterstützung. Dabei wäre paradoxerweise vielleicht gerade hier die Chance auf eine zivilgesellschaftliche Entschärfung des israelisch-arabischen Grundkonflikts im cisjordanischen Palästina gegeben. Der palästinensische Intellektuelle und Politiker Sari Nusseibeh, der zuvor immer für eine Zweistaatenregelung plädiert hatte, sprach sich – rhetorisch oder real, jedenfalls für Weggefährten und politisch Gegner gleichermaßen überraschend – im Jahr 2011 für eine israelische Annexion der besetzten Gebiete aus, weil da eine Bürgerrechtsbewegung mehr Chancen hätte, die Rechtsstellung und Lebenssituation der Palästinenser zu verbessern, als unter der gegenwärtigen Besatzung.<sup>5</sup> Und in der Tat könnte ein Abtausch von Partizipations- und Freiheitsrechten gegen Gewaltverzicht unter einem solchen Regime ein verlockendes Geschäft für beide Seiten sein. Statt „Land gegen Frieden“, wie man früher vor sich herbetete, viel einfacher und logischer: „Freiheit und Wohlstand gegen Frieden“. Doch zu so einer Erfolgsgeschichte nach südafrikanischem Muster fehlt nicht nur eine palästinensische Politikerpersönlichkeit vom Format eines Nelson Mandela. Es fehlt auch die für alle Lösungen unentbehrliche Anerkennung des Existenzrechtes Israels und einer jüdischen Bevölkerung und Gesellschaft in Palästina im Land und in der Region. Das ist und bleibt die israelische Staatsgrundfrage.

Weil es für komplizierte Probleme keine einfachen Lösungen gibt, könnte man in den Ein- und Zweistaatenlösungen des Nahostkonflikts auch alternative Labels für gar nicht so unterschiedliche fein strukturierte und intelligente Lösungsansätze verstehen. In diese Richtung könnte man die Aussagen des US-Präsidenten Donald Trump beim Treffen mit Israels

5 Sari Nusseibeh: What Is a Palestinian State Worth? Harvard, Harvard University Press 2011. Deutsch: Ein Staat für Palästina? Plädoyer für eine Zivilgesellschaft in Nahost. München, Kunstmann 2012.

Regierungschef Benjamin Netanjahu am 15. Februar 2017 in Washington verstehen, dass es um einen „riesigen Friedensdeal“ gehe, bei dem eine Präferenz für eine Ein- oder Zweistaatenlösung nicht im Zentrum steht. Wo und wie die US-Politik mittelfristig ansetzen wird, lässt sich zum Zeitpunkt der Redaktion des Beitrags nicht abschätzen. Das Gespräch in Washington indizierte jedoch, dass ein solcher Deal die partnerschaftliche Lösung im Verbund mit verschiedenen Staaten der Region suchen könnte. Und Netanjahu hat erneut klar gestellt, wo seine Regierung und Israel im Allgemeinen die roten Linien ziehen: Eine Friedenslösung gebe es nur mit voller Sicherheitskontrolle Israels über die cisjordanischen Gebiete und mit vollumfänglicher Anerkennung des Existenzrechtes Israels durch die Palästinenser.

### Österreich und Israel

Israel hatte von Anfang an großes Interesse an guten Beziehungen zu Österreich. Dessen Nähe sowohl zur Sowjetunion wie auch zu den Flüchtlingslagern der Holocaust-Überlebenden in den Besatzungszonen in Deutschland war Israel anscheinend wichtiger, „als mit der nationalsozialistischen Vergangenheit des zweiten Nachfolgestaats des Dritten Reichs abzurechnen“, so der vor kurzem verstorbene österreichisch-israelische Publizist und Journalist Ari Rath.<sup>6</sup>

Deutsche und Österreicher werden durch die historische Schuld an der industriellen Judenvernichtung im Dritten Reich für sehr, sehr lange Zeit mit dem Schicksal der Nachkommen der Überlebenden und Israels verbunden bleiben. Die Solidarität mit diesem kulturell europäischen Land auf nahöstlichem Boden wird in diesem Sinn auch weiter zu den idealen Staatsgrundlagen Deutschlands und Österreichs gehören.

Verweise auf antisemitische Motive in der Israelkritik und in der Beurteilung des Nahostkonflikts werden auch in der deutschsprachi-

<sup>6</sup> Ari Rath: Österreich und Israel. Eine sonderbare Partnerschaft. In: Johann Pucher, Johann Frank (Hg.): Strategie und Sicherheit 2012. Der Gestaltungsspielraum der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien/Köln/Weimar, Böhlau 2012, S. 801–809, hier S. 801.

gen Öffentlichkeit gerne mit dem Argument zurückgewiesen, dabei gehe es doch nicht gegen jüdische Menschen, sondern nur gegen eine rassistische und unterdrückende Bevölkerungspolitik und gegen eine unverhältnismäßige Sicherheitsvorsorge Israels.

So einfach ist die Sache aber nicht. Vieles an der aktuellen Israelkritik in Europa und in der islamischen Welt erinnert doch stark an die Muster nationalsozialistischer Propaganda, etwa die Rede von der unheiligen Allianz der („jüdischen“) US-Finanzwirtschaft mit dem Zionismus. Solche im kollektiven Bewusstsein fortlebenden rassistischen Reflexe müssen durch Aufklärung entlarvt und durch die liebevolle Pflege der deutsch-israelischen bzw. österreichisch-israelischen Freundschaft abgefangen werden.

### Mögliche Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Der dschihadistische Terrorismus ist zu einer großen Bedrohung für die Sicherheit in Europa geworden. Es ist leider notwendig, dass auch Österreich, das selbst zunehmend in das Visier des islamistischen Terrorismus gerät, seine Fähigkeiten zur Terrorabwehr und Terrorprophylaxe deutlich verbessert. Dabei wäre es naheliegend, aus den Erfahrungen eines terrorgeplagten und terrorabwehrerfahrenen Landes wie Israel zu lernen. Da kann man Bedenken israelkritischer Kreise in Europa nicht gelten lassen, die letztlich auf dem Kalkül fußen, dass Anschläge gegen Ziele in Israel eine andere Qualität und ein anderes Gewicht haben als jene gegen Ziele in Europa.

Im Konkreten bietet sich für Österreich zunächst einmal eine Kooperation im Bereich Cybersecurity an. Auf Grund der führenden Stellung Israels im Bereich Cybertechnologie bringt eine Kooperation mit israelischen Firmen und Institutionen einem Partner jedenfalls technologische Kompetenz und Innovation. Darüber hinaus wäre eine gemeinsame strategische Perspektive für den Cyberraum, in die sich auch Israels Cyberagenda gut einpassen würde, für westlich-demokratische europäische Länder sehr wichtig.

## ISRAELS SICHERHEITSAGENDA IM EUROPÄISCHEN FOKUS

Ein politisch heikler Punkt wäre dabei die Qualität der benötigten Cyberabwehrfähigkeiten, denn die müssten, um gegen Angriffe von cyberkriegsführungsfähigen großen Akteuren bzw. Staaten wirklich Schutz zu bieten, neben defensiven auch offensive Kapazitäten umfassen. So wie auch bei konventionellen oder nuklearen Bedrohungen sind defensive und offensive Fähigkeiten Teil einer ganzheitlichen Strategie und Kräftebalance.

Ausgehend von gemeinsamen Projekten im Bereich Cybersecurity könnten andere Bereiche der Sicherheitsagenda für eine Zusammen-

arbeit geöffnet werden. Jede europäisch-israelische Kooperation im Sicherheitsbereich bringt nicht nur den europäischen Partnern Know-how, sondern dient auch der Sicherheit und Prosperität Israels. Wie insgesamt Partnerschaften europäischer Staaten mit der einzigen funktionierenden Demokratie und offenen Gesellschaft in der Region Beiträge zu einem stabilen und friedlichen Nahen Osten sind.

**Mag. phil. Walter Matyas** ist als wissenschaftler Redakteur im Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport tätig.



Der vorliegende Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Einschätzung des Autors wieder und entspricht nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport.

### IMPRESSUM

MEDIENINHABER, HERAUSGEBER UND HERSTELLER: Republik Österreich/Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport; REDAKTION UND GESTALTUNG: Büro für Sicherheitspolitik; ALLE : Roßauer Lände 1, 1090 Wien; Wien, März 2017